

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Wochentagen nachmittags 3 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Postbezugspreis 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Posten 2,20 RM., bei Postbestellung gebühr. Einzelnummern 10 Pf. bis auf weiteres 15 Pf. für Postanhänger. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. bis auf weiteres 15 Pf. für Postanhänger. In allen größeren Städten, Städten und Dörfern sind Verkaufsstellen für den Einzelverkauf zu haben. In allen größeren Städten, Städten und Dörfern sind Verkaufsstellen für den Einzelverkauf zu haben.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Rauminheit 20 Pf., die 2-spaltige Rauminheit 15 Pf., die 1-spaltige Rauminheit 10 Pf. für 14 Tage. Bei längerer Anzeigenzeitung nach Möglichkeit ermäßigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen sind nur alle Verordnungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 217 — 88. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 17. September 1929

Steuerumgruppierung.

Man kann nicht mehr daran vorübergehen, daß der Finanzminister Preußens, also des größten deutschen Staates, schon seit längerem ganz bestimmte Vorschläge macht, in aller Öffentlichkeit ein Programm entwickelt, das teils auf eine Steuerentlastung, teils auf eine Reform im Sinne einer andersartigen Lastenverteilung abzielt. Seine Anregungen beziehen sich aber nicht — das muß hier sofort vorausgeschickt werden — auf sein Ressort, also auf das Gebiet der preussischen Finanzen bzw. Steuern, sondern wollen Forderungen sein, die bei einer etwa beabsichtigten, sicherlich aber sehr notwendigen Reform der Reichsfinanzien zu berücksichtigen wären.

Allerdings sind natürlich die Länder und die Gemeinden — als „Kostgänger“ des Reiches — daran sehr interessiert, wenn Preußens Finanzminister eine Senkung der Einkommensteuer für die kleineren und kleinsten Steuerzahler, außerdem ein „Auseinandergleichen“ des Steuerzinses, also ein langsames Ansteigen der Steuerlasten fordert. Gehen doch 75 Prozent des Ertrages dieser Steuer an die Länder und die Gemeinden und der Deutsche Städtetag hat vor kurzem in seinen Veröffentlichungen mitgeteilt, daß etwa 35 Prozent der Steuereinnahmen, die den Kommunen zustieken, den Überweisungen aus dem Ergebnis der Reichseinkommensteuer entstammen. Noch größer freilich ist der Anteil an den Gesamteinnahmen, der auf dem Ertrag der Realsteuern beruht.

Sichtlich dieser Steuern ist der preussische Finanzminister allerdings zu einer Einschränkung oder Umgruppierung seiner früheren Vorschläge gelangt; nicht mehr eine radikale Abschaffung dieser, wie sie der Reichsinnenminister neulich nannte, „rohen“ Steuern und ihre Ersetzung durch eine entsprechende Steigerung der Vier- und der Brantweinsteuer wird empfohlen, sondern nur eine, allerdings beträchtliche Senkung um etwa 500 Millionen. Der Einnahmeausfall, den die Länder bzw. die Kommunen dadurch erleiden würden, soll weitgemacht werden durch eine Steigerung des Anteils, der ihnen aus den Überweisungen zustiekt, ferner durch die Einführung einer allgemeinen Grundsteuer durch die Kommunen und schließlich durch teilweise Abwälzung von Ausgaben für Schul- und Polizeizwecke von den Kommunen auf die Länder. Das berührt also schon den Finanzausgleich, der ja wieder vorläufig bis nächstes Jahr verlängert wurde und auch endlich eine endgültige Form annehmen sollte, wenn erst die deutschen Zahlungsverpflichtungen selbst eine solche endgültige Regelung erhalten haben. Da im Young-Plan die bisherige Sondergarantie der fünf Milliarden deutscher Industrieobligationen nicht mehr vorgesehen ist, wiederholt der preussische Finanzminister die Forderung, daß die darin liegende Sonderbelastung der deutschen Industrie in Höhe von jährlich 300 Millionen weggelassen müßte. Ebenso die andere, schon früher aufgestellte Forderung, daß endlich Schluß gemacht wird mit der steuerlichen Sonderbelastung, die mit der Gründung der Rentenbank auf die deutsche Landwirtschaft gelegt wurde. Man müsse für die Durchführung der Liquidation dieses Unternehmens, die noch etwa fünf bis sechs Jahre dauern soll, andere Wege finden.

Man darf also bei diesen Vorschlägen vorläufig kaum von einer Steuerentlastung, höchstens von einer Umgruppierung, von einer anderweitigen Verteilung der Steuerlasten sprechen. Denn es hat nicht den Anschein, als ob mit einer irgendwie wesentlichen Herabsetzung der Ausgaben bei den Kommunen, den Ländern oder dem Reich gerechnet werden könnte. Dafür sind die Bedrücknisse, in denen sich vor allem der Reichsfinanzminister befindet, denn doch allzu groß. Aber der Grundgedanke der Reformvorschlüge sollte trotzdem nicht so ohne weiteres von der Hand gewiesen werden: Neuordnung der Verwaltungsaufgaben zwischen jenen drei Einrichtungen des staatlichen Lebens in Deutschland und ein entsprechender Finanzausgleich unter Berücksichtigung der Steuerlasten, die immer wieder ändernden Tragefähigkeit.

Aber der Ausgangspunkt für jede wirkliche Steuerentlastung ist und bleibt doch eine Verminderung der öffentlichen Ausgaben, vor allem durch eine Beschränkung der öffentlichen Verwaltungsaufgaben. Davon freilich hört man nichts und auch der preussische Finanzminister hat hierüber geschwiegen. Trotzdem dürften die von ihm aufgestellten Forderungen in den sicherlich sehr ausgedehnten Etats- und Steuerdebatten des kommenden Winters auch im Reichstaa eine große Rolle spielen.

Abermalige Schlagwetterexplosion auf der Charles-Grube.

Bisher zehn Tote.

Infolge der Explosion auf Schacht II der Charles-Grube waren die Ventilatoren des Schachts zerstört worden und die Wetterführung verlagert. Montag nachmittag hat sich eine neue Explosion ereignet, wie man annimmt, durch schlagende Wetter. Durch diese Explosion, die viel gewaltiger war als die erste, wurden die elektrische Zentrale und das Kesselhaus völlig in Trümmer gelegt. Bisher hat man zehn Tote geborgen. Die Zahl der Schwerver- und Leichtverletzten ist noch nicht bekannt.

Die Regelung der Arbeitslosenversicherung

Kompromißentwurf zum Erwerbslosengesetz.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Aber die zwischen dem Reich und Preußen vereinbarten Kompromißvorschläge zur Regelung der Arbeitslosenversicherung wird bekannt, alle schwierigen Punkte wie die Frage der Anwartschaft, der Saisonberufe, der Leistungen und der Beitragserhöhungen bilden nunmehr einen besonderen Gesetzentwurf, der bis zum 31. März 1931 befristet ist. Erst dann soll über die dauernde Reform entschieden werden. Am Montag traten die Ausschüsse des Reichsrates, später der Reichsrat selber zusammen, um über diesen Einigungsentwurf zu beraten. Dem Reichstag sollen zwei Gesetzentwürfe zugehen. Der eine enthält die Punkte, über die wesentliche Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen, so die Beseitigung der Mißbräuche und die Verwaltungsreformen, der andere die nunmehr getroffenen Vereinbarungen.

Falls der Reichsrat diesem letzteren Entwurf zustimmen würde, was erwartet wird, so dürfte die Regierung auf dieser Grundlage in neue Verhandlungen mit den Parteien eintreten. Eine Besprechung der Führer der Regierungsparteien ist für Mittwoch vorgesehen.

Die neuen Pläne.

In dem Kompromißentwurf wird vorgesehen, daß Arbeitslose aus Berufen und Gewerben, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit üblich ist, die Unterstützungssätze der nächst niedrigeren Lohnklasse erhalten. Der Beitrag zur Reichsanstalt für das Reichsgebiet beträgt einheitlich 3,5 Prozent des maßgebenden Arbeitslohnes. Der Beitrag für Saisonarbeiter ist um ein Prozent höher als die übrigen zu entrichtenden Beiträge. Am 1. November 1929 soll das Gesetz in Kraft treten. In der Praxis sollen 41 Millionen erzielt werden gegenüber dem nach der ursprünglichen Regierungsvorlage errechneten Defizit von 47 Millionen. Die beiden kombinierten Gesetzentwürfe sollen im ganzen zur Deckung des Gesamtdefizits von 279 Millionen einen Betrag von 273 Millionen ergeben. Es bliebe noch ein letzter Fehlbetrag von 6 Millionen, dessen Verschwinden man von der Beseitigung weiterer Mißstände erwartet.

Kundgebung der Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Deutschen Industrie teilen mit, daß sie an die für die Reform der Arbeitslosenversicherung zuständigen Regierungsstellen ein Telegramm gerichtet haben, in dem die Verbände Widerpruch gegen die beabsichtigte Absicht erheben, die Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch eine allgemeine Beitragserhöhung um 1/2 Prozent und eine weitere Beitragserhöhung um 1/2 Prozent für die Saisonberufe, insbesondere für die Bauindustrie herbeizuführen.

Mandatsfragen vor dem politischen Völkerbundschaft.

Abessynien für Ordnung in Palästina.

Der sechste Ausschuß der Völkerbundsversammlung (politische Fragen) hat die Aussprache über den Tätigkeitsbericht der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes abgeschlossen. Wie in früheren Jahren wurde Nanseu-Norwegen mit der Berichterstattung beauftragt. Professor Rappard-Schweiz, der früher selbst der Ständigen Mandatskommission angehörte, faßte das wichtigste Ergebnis der langen Aussprache dahin zusammen, daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Souveränität der Mandatsgebiete doch Einstimmigkeit darüber herrsche, daß die Souveränität nicht auf die Mandatsmacht übergegangen sei.

Zu den Vorfällen in Palästina gab der abessinische Vertreter Iby Andarague Nahef als „Vertreter der christlichen Macht Afrikas“ und „im Namen der direkten Nachkommen Salomos“ eine Erklärung ab, in der er darüber Klage führte, daß die Christen bald die Juden bald die Mohammedaner begünstigten, ja, daß sie sogar an Kundgebungen teilnahmen. Christus aber habe das gute Einvernehmen und die Liebe unter den Menschen gepredigt. Es sei bedauerlich, daß die Christen in Palästina den Antagonismus zwischen den Juden und den Mohammedanern verschlimmert, statt die Rolle unparteiischer Vermittler zu übernehmen. Zur Erleichterung der Aufgabe der Mandatsmacht Englands, die man zu ihren energischen Maßnahmen in Palästina für die Wiederherstellung der Ordnung beglückwünschen könne, forderte er die Völkerbundsstaaten auf, ihren Vertretern in Palästina entsprechende Anweisungen zu geben. An England selbst richtete er die Bitte, den Christen in Palästina im Interesse der Erhaltung des Friedens eine zum mindesten korrekte Haltung gegenüber beiden Parteien zu empfehlen.

Angestellte und Erwerbslosenversicherung.

In Berlin tagten am Sonntag etwa 500 Vertreter von 42 000 Berliner Angestellten, die dem Gewerkschaftsbund der Angestellten angehören. Die nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gustav Schneider angenommene Entschließung erklärt eine Reform der Arbeitslosenversicherung für erforderlich, verwahrt sich aber im Namen der Gesamtmittelschicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten gegen einen allgemeinen Abbau der Leistungen und weist alle dahinzielenden Versuche von politischen Parteien zurück. Notwendig sei eine Neuordnung der Arbeitslosenversicherung nach berufständischen Gesamtklassen und in erster Linie die Schaffung einer Sonderabteilung für Angestellte.

Annahme des Arbeitslosentompromisses im Reichsrat.

In der Schlußabstimmung mit 42 gegen 21 Stimmen. In der Montagssitzung des Reichsrates wurde bei der Beratung der Reform der Arbeitslosenversicherung der von der Reichsregierung und der preussischen Regierung vorgelegte Kompromißvorschlag, der u. a. für die Saisonberufe den Beitrag um 1/2 Prozent erhöht, mit 32 gegen 31 Stimmen bei zwei Enthaltungen in erster Lesung angenommen.

Man unterbrach dann die Sitzung, um den Ausschüssen Gelegenheit zu geben, vor der zweiten Beratung die Konsequenzen aus diesem Beschluß zu ziehen.

Auch in zweiter Lesung wurde dem Kompromißvorschlag der Reichsregierung und der preussischen Regierung zugestimmt, und das durch diesen Kompromiß ergänzte Hauptgesetz in der Schlußabstimmung mit 42 gegen 21 Stimmen angenommen.

Die Beseitigung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung.

In Regierungskreisen denkt man sich die Beseitigung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung wie folgt: Der Regierungsentwurf bietet in unveränderter Gestalt 92 Millionen Mark Ersparnisse und läßt damit noch ein Defizit von 47 Millionen Mark offen. Dieser Fehlbetrag wird nach den Reichsratsbeschlüssen mit elf Millionen Mark gedeckt durch die Verfüzung der Sätze bei den Arbeitslosen ohne Angehörige, die nicht 52 Wochen gearbeitet haben. Weitere sechs Millionen Mark glaubt man aus der Verlängerung der Wartzeit für Saisonarbeiter herausheben zu können und weitere 21 Millionen Mark, selbst bei vorzichtiger Schätzung, durch die einprozentige Beitragserhöhung für Saisonberufe. Voraussetzung ist bei alledem natürlich die auch vom Reichsrat beschlossene allgemeine Beitragserhöhung um 1/2 Prozent. Danach blieben ziffernmäßig nur noch sechs Millionen Mark Fehlbetrag, die man ohne weiteres durch die übrigen Vorschriften der Reform, die sich vor allem gegen die Mißstände richten, erlangen zu können glaubt.

Dr. Edeners Antunft in Deutschland.

„Graf Zeppelin“ demnächst über Berlin.

Der Japanbdampfer „New York“, mit dem Dr. Edener nach Deutschland zurückkehrt, wird Dienstag nachmittag 3.30 Uhr in Cuxhaven erwartet. Nach dem Empfang durch das Vorstandsmittelglied der Hagap, Dr. Klep, wird sich Dr. Edener sofort nach Hamburg begeben. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das gegen 3 Uhr nachmittag über der Elbmündung eintreffen soll, wird etwa bei Feuerschiff Elbe 1 die „New York“ erwarten und anschließend daran nach Hamburg fahren, wo es zwischen 4 und 5 Uhr nachmittag über der Stadt kreuzen wird. Von besonderen Ehrungen Dr. Edeners durch die Hagap ist auf Wunsch Dr. Edeners Abstand genommen worden. Mittwoch vormittag werden Verhandlungen zwischen Dr. Edener und der Hagap stattfinden, an die sich ein Empfang durch den Hamburger Senat anschließt. Abends wird Dr. Edener mit der Bahn nach Friedrichshafen zurückfahren.

Die Rückfahrt des „Graf Zeppelin“ nach Friedrichshafen erfolgt von Schwerin aus quer durch Deutschland. Die Angabe einzelner Orte erübrigt sich dabei, da die Heimreise bei Nacht durchgeführt wird. Der Grund, warum auf dieser Fahrt die Reichshauptstadt nicht angestrichelt wird, dürfte darin zu suchen sein, daß die Schiffsleitung den ersten Weltflug Berlins nach der glücklichen Vollendung der Weltfahrt nicht ohne Dr. Edener an Bord ausführen will. Es besteht aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Luftschiff im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche in Verbindung mit der schon lange geplanten Ostpreußenfahrt, für die die Passagierplätze schon lange belegt sind, nach Berlin kommt und dort auch eine Zwischenlandung vornimmt. Im übrigen hängt natürlich die Festlegung des weiteren Fahrprogramms zu einem großen Teil von den Plänen Dr. Edeners ab.